BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 335/2022

vom 9. Dezember 2022

zur Änderung von Anhang XI (Elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste und Informationsgesellschaft) des EWR-Abkommens [2023/1277]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS -

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden "EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98.

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Delegierte Verordnung (EU) 2021/654 der Kommission vom 18. Dezember 2020 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung eines unionsweit einheitlichen maximalen Mobilfunkzustellungsentgelts und eines unionsweit einheitlichen maximalen Festnetzzustellungsentgelts (¹) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.
- (2) Anhang XI des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang XI des EWR-Abkommens wird nach Nummer 5czsb (Durchführungsverordnung (EU) 2020/1070 der Kommission) Folgendes eingefügt:

"5czsc. 32021 R 0654: Delegierte Verordnung (EU) 2021/654 der Kommission vom 18. Dezember 2020 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung eines unionsweit einheitlichen maximalen Mobilfunkzustellungsentgelts und eines unionsweit einheitlichen maximalen Festnetzzustellungsentgelts (ABl. L 137 vom 22.4.2021, S. 1)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) In Artikel 4 Absatz 3 werden nach Buchstabe l folgende Nummern eingefügt:
 - ,m) 0,77 ISK pro Minute in Island,
 - n) 0,032 NOK pro Minute in Norwegen.
- b) In Artikel 4 Absatz 4 werden nach Buchstabe g folgende Nummern eingefügt:
 - ,h) 0,74 ISK pro Minute in Island,
 - i) 0,032 NOK pro Minute in Norwegen.
- c) In Artikel 4 Absatz 5 wird nach Buchstabe c folgende Nummer eingefügt:
 - ,d) 0,032 NOK pro Minute in Norwegen."

Artikel 2

Der Wortlaut der Delegierten Verordnung (EU) 2021/654 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des Amtsblattes der Europäischen Union veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 10. Dezember 2022 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *, oder am Tag des Inkrafttretens des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 275/2021 vom 24. September 2021 (²), je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.

⁽¹⁾ ABl. L 137 vom 22.4.2021, S. 1.

^{*} Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

⁽²⁾ Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des Amtsblattes der Europäischen Union veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 9. Dezember 2022.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss Der Präsident Kristján Andri STEFÁNSSON